

Fremde Federn: Oliver Geden

Versorgungssicherheit – auch ohne neue Gasleitungen

Die europäische Debatte über die Sicherheit der Gasversorgung verläuft in sehr eingefahrenen Bahnen. Der Blick richtet sich meist nach außen, vor allem auf die großen Produzentenländer. Doch statt nervös, ja geradezu furchtsam auf die vermeintlichen Winkelzüge Russlands zu reagieren, sollten sich die Europäer darauf konzentrieren, ihre Hausaufgaben zu erledigen. Mit einem konsequenten Ausbau des Energie-Binnenmarkts kann die EU ihre Versorgungssicherheit wirksamer steigern als mit jeder weiteren Importpipeline.

Europäische Politik braucht eingängige Symbole; und mit Pipelines lassen sich die eigenen Ambitionen anschaulich transportieren. Doch die öffentliche Wahrnehmung eines Projekts wie Nabucco bleibt stark im geopolitisch-großräumlichen Denken verhaftet: Eine Gruppe von Produzenten-, Transit- und Verbraucherländern schließt sich zusammen, um einen neuen Rohstoff-Korridor durch die Türkei in den Kaspischen Raum zu eröffnen, immer in gespannter Erwartung der Interventionen der russischen Seite und des Verrats innerhalb des eigenen Lagers. Als zentrale Bedrohung für Nabucco erscheint vor allem die russische Gasleitung South Stream, die in Südosteuropa zum Teil dieselben Länder durchqueren soll und in deren Planung auch Energieversorger aus der EU eingebunden sind. Der scheinbare Pipeline-Wettlauf bildet seit Jahren den Kern einer spannenden Erzählung, die mit den energieökonomischen Fakten aber kaum in Einklang zu bringen ist.

Pipeline-Politik ist im Wesentlichen Ankündigungs-Politik. Nur ein kleiner Teil der diskutierten Projekte erreicht jemals die Bauphase. Das liegt nicht zuletzt an den langen Planungszeiten und den enormen Investitionssummen. Beides macht anfällig für Verzögerungen. Zugleich verändern sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen immer schneller. Rohrleitungen, die noch vor zwei Jahren lukrativ erschienen, werden heute — nach dem krisenbedingten Verbrauchsrückgang, dem Boom beim unkonventionellen Erdgas und einem Überangebot bei dem mit Tankern transportierten Flüssigerdgas — wesentlich kritischer bewertet.

Der Baubeginn sowohl von Nabucco als auch von South Stream wurde in den vergangenen Jahren immer wieder verschoben. Die beiden Projekte blockieren sich jedoch nicht gegenseitig. Nabucco fehlen nach wie vor belastbare Lieferverträge. Der Gasleitung South Stream, die faktisch nicht der Lieferung zusätzlicher Mengen, sondern der Umgehung des ukrainischen Transitkorridors dient, mangelt es seit jeher an ökonomischer Rationalität.

Dass sich bei beiden Projekten letztlich wenig bewegt, wird durch eine Vielzahl von Abkommen, Konferenzen, Beteiligungsverträgen und Spekulationen verdeckt. Besonders geschickt geht dabei Gasprom vor, unterstützt nicht nur vom Kreml, sondern auch von westlichen PR-Agenturen. Deren Kommunikationspolitik zielt im Wesentlichen darauf, in der EU massive Zweifel an der Realisierbarkeit von Nabucco zu streuen — und damit am Erfolg europäischer Diversifizierungs-Bestrebungen. Zugleich soll das Bild vom potenten russischen Energieriesen stabilisiert werden.

Der nervösen europäischen Öffentlichkeit wird beständig vermittelt, dass jeder Teilerfolg des Nabucco-Konsortiums von russischer Seite mühelos konterkariert werden könne. Da wird die geplante Kapazität von South Stream urplötzlich auf das Doppelte der von Nabucco anvisierten Menge erhöht. Relativ unbedeutende Abkommen Russlands mit der Türkei lassen in der EU sofort Zweifel an der Zuverlässigkeit des wichtigsten Nabucco-Transitlands laut werden. Und kürzlich genügte den

europäischen Medien das Gerücht, Gasprom habe dem Nabucco-Anteilseigner RWE eine Beteiligung an South Stream angeboten, um Nabucco zum wiederholten Male abzuschreiben.

In der europäischen Debatte über die Versorgungssicherheit werden sowohl Russland als auch Rohrleitungen wie Nabucco deutlich überschätzt. Ein Lieferant, der seit einem Jahrzehnt nicht mehr als 25 Prozent des EU-Gasbedarfs deckt, sollte nicht in der Lage sein, Europa wirksam unter Druck zu setzen.

Dass es unbestreitbar immer wieder zu Schwierigkeiten mit russischen Gaslieferungen kommt, ist weniger auf eine mangelhafte EU-Energieaußenpolitik, sondern im Wesentlichen auf die Segregation der 27 Energiemärkte der Mitgliedstaaten zurückzuführen. Selbst während der jüngsten Ukraine-Krise war genügend Gas in Europa vorhanden. Es konnte nur nicht ungehindert in die besonders betroffenen Regionen fließen. Ein flexibler und mit Krisenreaktionsmechanismen versehener Gas-Binnenmarkt würde allen EU-Staaten mehr Versorgungssicherheit bringen. Dieses Projekt zu verwirklichen liegt allein in der Hand der Europäer.

Der Autor ist Fachmann für europäische Energiepolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.